

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball

Macht mobil
in allen Betrieben und an allen Stempelstellen
gegen die faschistischen Pläne der Bourgeoisie

Bezirk Sachsen
Leipzig . Das Bild der Woche

8. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 22. November 1932

Nummer 266

Rettet Bartl vor dem Henker!

Die Arbeitermassen Deutschlands fordern: Aufhebung des Todesurteils . Heraus mit Bartl und allen proletarischen politischen Gefangenen! Steigert den Massenkampf in den Betrieben gegen die faschistische Diktatur!

Je mehr mächtiger wird die Protestwelle der werktätigen Massen Deutschlands gegen das in Chemnitz verkündete Todesurteil, das an dem antifaschistischen Partikularisten Bartl vollstreckt werden soll. Je mehr härter verlangen die Betriebe und Stempelstellen die sofortige Freilassung des Arbeiters Bartl, wie aller proletarischen politischen Gefangenen.

Betriebe protestieren

In einer Betriebsversammlung des Betriebes Südhof, Freital, wurde einstimmig eine Protestresolution für die sofortige Freilassung Bartls angenommen, ebenso von der Betriebskommission der Maschinen-Werke Rana in Hamburg-Fahrenfeld, von einer von 150 Angestellten bestehenden Versammlung in Düsseldorf und einer Konferenz der Arbeiterinnen-Delegierten der KPD aus den Betrieben Mathes Röhler, Meis, Tomphon, Krämer und Hentel in Düsseldorf. Eine Delegiertenkonferenz aller Betriebe in Reibitz, Pommern, beschloß aktive Kampfmaßnahmen gegen das Todesurteil.

KPD-Versammlung gegen das Chemnitzer Todesurteil

Die Bezirksversammlung der KPD in Chemnitz, am 20. November, nahm ebenfalls eine scharfe Protestentscheidung für die Aufhebung des Todesurteils und Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen an. Die außerordentliche Bezirksversammlung der Chemnitzer KPD in Chemnitz beschloß einstimmig scharfen Protest gegen das Todesurteil an dem Arbeiter Bartl.

Protestdemonstrationen in ganz Deutschland

Eine Massen demonstration am Totensonntag in Chemnitz, an der tausende Arbeiter teilnahmen, erhob scharfen Protest gegen das Todesurteil und gab die Organisation des antifaschistischen Massenkampfes. Außerdem wurden in Chemnitz Demonstrationen aus Hamburg, Köln, Mühlheim,

und vor allen Dingen aus allen Stadtteilen Berlins gemeldet, die leidenschaftlich die Aufhebung des Todesurteils und die Freilassung Bartls fordern.

Protestaktionen aller Arbeiterschichten

Täglich kommen harte Delegationen zum Reichstagspräsidenten Hindenburg, um die Aufhebung des Todesurteils zu fordern. Hindenburg verweigert diese Delegationen damit zu beruhigen, daß vorläufig das Urteil nicht vollstreckt werde.



Unsere Vuerbacher Gefangenensituationen.

Die KPD in Vuerbach befindet sich in allen Teilen Deutschlands in der Hungerkette der Gefangenen. In Chemnitz sind 20 Gefangene, darunter auch die Arbeiterinnen und Arbeiter, in den Gefängnissen eingesperrt. In Chemnitz sind 20 Gefangene, darunter auch die Arbeiterinnen und Arbeiter, in den Gefängnissen eingesperrt.

Die Arbeiterschaft darf sich dadurch nicht täuschen lassen, sondern muß den Protest steigern und verschärfen, denn nur so kann der Arbeiter Bartl vor dem Henkerbeil gerettet werden.

Vor dem Justizministerium kommt es immer wieder zu Zusammenkünften, die in Sprechstunden ihren Protest ausdrücken.

Eine öffentliche Versammlung des Arbeiter-Briefmarken-Komitees, Freital, die von 350 Arbeitern besucht war, die Mitgliederversammlung des Sportvereins Dresden, sowie des Turnvereins Janderode, sandten ebenfalls Protestentscheidungen an das Justizministerium. Der Freitaler Kampfband hat eine Unterschriftensammlung für die Aufhebung des Todesurteils eingeleitet.

Eine Versammlung der Frauengruppe der KPD Hohentauern, Freital, gelobt, alle Kräfte einzusetzen, um Bartl vor dem Henker zu retten.

Der KPD im Kampf für den antifaschistischen Partikularisten

Am Montag früh leuchtete am Dresdener Arbeitsamt in großer roter Schrift die Parole: „Kämpft mit dem KPD gegen das Todesurteil!“ Rote Parolen wurden an den Mauern in der Pöhlauer Straße, vor den Betrieben Unterecke und Anton Reiche angebracht.

KPD in der Front der Henker

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion von Freital hatte einen Dringlichkeitsantrag auf Einberufung einer Stadtverordnetenversammlung gestellt, in der gegen das Todesurteil protestiert werden sollte. Von den Sozialfaschisten bis zu den Nationalsozialisten wurde dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Je mehr sich die Arbeiterschaft in den Betrieben und an den Stempelstellen des Protestkurses gegen das Todesurteil und die Verschärfung des Strafollzugs steigert. Wie wissen daß nur der außerparlamentarische Kampf aller Arbeiter, Bartl vor dem Henker retten und den Kampf gegen die faschistische Diktatur siegreich führen kann. Die Arbeiterschaft wird den Henker in den Arm fassen!

Höchste Warmbereitschaft!

Das Gebot der Stunde . Barriere die Schläge der faschistischen Reaktion . Ein zweiter 20. Juli darf nicht wiederkehren!

Berlin, 22. Nov. (Eig. Drahtf.)

Die Regierungsgespräche haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. Das kann aber die Arbeiterschaft nicht täuschen über die faschistischen Pläne der deutschen Bourgeoisie. Der Generalstabschef von Hindenburg hat dem kommenden Kabinettssitzung Richtlinien diktiert aus denen wir folgendes entnehmen:

Keine Veränderung im Reichswehrministerium, um die Stabilität der Wehrpolitik nicht zu gefährden. Fortsetzung des wirtschaftlichen Erholungsprogramms der durch das Papenabkett eingeleitet worden ist. Und deshalb keine Aufhebung der wirtschaftlichen Notverordnungen. Fortsetzung der Reichswehr unter dem Grundgedanken einheitlicher politischer Leitung im Reich und in Preußen. Deshalb keine Veränderung in der Verbindung, die zwischen Preußen und Reichspolitik hergeleitet ist. Keine Veränderung der Wehrpolitik, wie sie durch die Wehrpolitik des Reichs 18 gegeben ist. Keine Reichsregierung die der Anwendung des Artikels 18 durch den Reichspräsidenten Vollmacht entziehen.

Das bedeutet Weiterführung des Programmes, an dem Eisen durch den Widerstand des Proletariats unter Führung der KPD gekämpft ist.

Hindenburg hat in einem Brief an Staatssekretär Reichner seine „Bedingungen“ für die Übernahme der Regierung gestellt. Der Brief ist nicht veröffentlicht worden. Das Proletariat darf sich nicht täuschen lassen.

Die Bourgeoisie sucht den „Ausweg“ in der Zusammenfassung aller faschistischen Kräfte. Welche Rolle die Nazis dabei spielen sollen, das zeigt am besten die nachfolgende alarmierende Meldung aus Mannheim:

SA und SS in Bereitschaft

Was den Kampf der politischen SA und SS anbelangt, wie folgende Informationen: SA und SS sind mit sofortiger Wirkung in höchste Alarmbereitschaft gesetzt worden. Wie oben

Kauf bei der Bildung einer eventuellen Regierung Hitler-Strahler wird mitgeteilt:

- a) Scharfe Verurteilung des Kommunismus!
- b) Sofortige Freilassung aller Funktionäre der KPD!

Die SA der einzelnen Orte soll vorläufig an ihrem Standort verbleiben. Die SS wird entsprechend ihrer Stärke ausgebaut. Es sollen beispielsweise 2 Hundertschaften nach Vuerbach geschickt werden. Die organisatorischen Maßnahmen für die Durchführung dieses Programmes sind bereits getroffen. Die SA-Wagen stehen bereit. Seit mehreren Tagen werden in Ueberbuden entsprechende Mannschaften geschickt. Aus mehreren anderen Bezirken Deutschlands erfahren wir, daß SA und SS dort ebenfalls ab sofort in höchste Alarmbereitschaft mit denselben Vorhaben gesetzt ist.

Wie diese Meldungen belegen, daß die Arbeiterschaft in höchste Alarmbereitschaft sein muß.

Ganz gleichgültig, wie die Regierung aussehen wird, sie wird eine faschistische Konzentration aller Kräfte der Bourgeoisie sein.

Die Arbeiterschaft muß in Bereitschaft stehen! Ein zweiter 20. Juli darf nicht wiederkehren!

Steigert die rote Presse-Offensive!

Die Großverleger für unsere Presse hat begonnen. Sie muß mit unserer Offensive gegen die faschistische Reaktion verbunden werden und zur Verletzung unserer Erfolge bei der allgemeinen Massenmobilisation führen. Mit aller Energie müssen wir zum Beispiel betonen, daß die Landwehr, die bei den letzten Wahlen zu uns gehörte, sich von uns organisatorisch und durch die kommunistische Presse erheben werden. Es gilt, alle Kräfte zu mobilisieren. Jede einzelne Dringlichkeitsaktion muß der Mobilisierung der Massen gestellt bekommen. Mit der einzelnen Seite muß kein Tag ohne einen Dringlichkeitsantrag, organisiert die Arbeit. Folgt dem Beispiel unserer Reichswehr Genossen, die ihren am selben Tage 2 neue Mannschaften gemessen. Ruft jeden Tag bis 4. Dezember unbedingt an, berichtet über neue Erfolge.

Mit Volldampf an die Arbeit!

Wachsende Schwierigkeiten der Bourgeoisie

Die „Drauda“ zur gegenwärtigen Regierungskrise in Deutschland

Moskau, 21. November 1932

In einem Leitartikel beschäftigt sich die „Drauda“ in diesen Tagen mit dem Rücktritt der Papenregierung. Das Blatt schreibt, daß Papen keine einzige der übernommenen Aufgaben zu erfüllen vermochte — weder die Schaffung einer Regierung der „nationalen Konzentration“ noch die Schaffung einer Regierung der „harten Hand“. Papen hat allmählich die Unterstützung immer weiterer Schichten der Bourgeoisie eingebüßt. Seine Regierung konnte keinerlei innenpolitische Erfolge in Deutschland erzielen und infolge der Isolation der imperialistischen Gegensätze sowie trotz der Massenbewegung gegen den Versailles Vertrag vermochte sie nicht, die zu Tage getretene Zerrüttung des Versailles Systems zu beheben. Sie hat auch die Gegensätze innerhalb der deutschen Bourgeoisie nicht zu überbrücken gewußt und ihr feines „Spielchen“ gescheitert.

Die kommunistische Partei wächst mit jedem Tage, und zwar sowohl auf Kosten der Sozialdemokraten, wie auch durch Zuzug von Köpfen der Nationalsozialisten betrogenen Arbeitern. Papen hat den Terror gegen die kommunistische Partei und die revolutionäre Arbeiterbewegung unterlassen, doch haben die revolutionären Arbeiter den terroristischen Banden eine energische Abfuhr erteilt und ihren Angriff zurückgeschlagen. Die Lohnkämpfe und die Versuche, die Arbeiterschaft durch die